

(Ministerialdirektor Geheimer Rat Dr. Dehne.)

(A) besitzer sind: 62 Darlehen mit 104 100 M.; an Privat-angestellte und Arbeiter 62 Darlehen mit 13 515 M. In diesen Darlehen sind enthalten 182 Doppeldarlehen; nach Ziff. 11 der Verordnung ist es nämlich möglich, wenn die Voraussetzungen mehrerer Punkte vorlagen, mehrere Darlehen zu gewähren, so daß die Höchstsumme nicht 2500 M., sondern 5000 M. betrug.

Im Militärverhältnis haben gestanden von den Darlehnsnehmern, soweit die Berichte es mitgeteilt haben, 312 Empfänger.

Abgelehnt worden sind seit Erlass der Verordnung insgesamt 121 Anträge auf Darlehen, davon von den haftenden Gemeinden 93 und vom Ministerium 28. Die Ablehnung durch die Gemeinden ist fast ausschließlich erfolgt wegen ungenügender Bürgschaft. Vom Ministerium sind Darlehen abgelehnt worden, nur weil sie zu Zwecken erbeten wurden, die außerhalb des Rahmens der Verordnung lagen.

Die zweite Frage geht dahin, ob die Regierung bereit ist, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Frage kann grundsätzlich bejaht werden. Die Regierung ist bereit, im Sinne der früheren ständischen Ermächtigung nach wie vor Kriegsdarlehen zu gewähren. Eine Anforderung neuer Mittel ist jedoch zurzeit nicht erforderlich, weil die im außerordentlichen Etat 1918/19 angeforderten 2 Millionen noch vollständig zur Verfügung stehen und zu Beginn des Jahres im gewerblichen Genossenschaftsstock noch 1 Million vorhanden war.

Weiter haben die beteiligten Ministerien, das Wirtschaftsministerium und das Finanzministerium, sich dahin schlüssig gemacht, den Höchstbetrag der Darlehen nach Ziff. 1 der Verordnung, an selbständige Gewerbetreibende, Betriebsinhaber der Landwirtschaft, der Industrie, von Handel und Gewerbe und an Angehörige der freien Berufe von 2500 M. auf 4000 M., nach Ziff. 3, an Privatangestellte und Arbeiter von 300 auf 1000 M. zu erhöhen, um einen Ausgleich für den gesunkenen Geldwert zu schaffen und die Not, die durch die lange Dauer des Krieges, wie begreiflich, noch höher gestiegen ist, wirtschaftlich beheben zu können.

In der Frage der Haftung, die der Herr Interpellant angerührt hat, muß ich bemerken, daß eine Einigung zwischen den beteiligten Ministerien in der Richtung, daß der Staat eine größere Haftung übernimmt als seither, noch nicht erzielt worden ist.

**Präsident:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Dietel zur Geschäftsordnung.

**Vizepräsident Dr. Dietel:** Ich beantrage die Besprechung der Interpellation.

**Präsident:** Will die Kammer demgemäß beschließen? (C) — Einstimmig.

Das Direktorium ist sich darin einig, daß wir zunächst den **Antrag** zur nächsten Nummer der Tagesordnung in **Drucksache Nr. 20** begründen lassen. Dazu hat der Herr Abgeordnete Schmidt das Wort erbeten, und dann soll die Aussprache über beide Gegenstände gemeinsam erfolgen. — Widerspruch erfolgt hiergegen nicht. Die Kammer ist also damit einverstanden.

Das Wort zur Begründung des Antrages hat Herr Abgeordneter Schmidt (Freiberg).

**Abgeordneter Schmidt (Freiberg):** Hochgeehrte Damen und Herren! Wenn wir an die Spitze unseres Antrages die Forderung gestellt haben, die freien Kräfte des schaffenden Volkes in allen Wirtschaftszweigen wieder in Wirksamkeit treten zu lassen, so bekunden wir von neuem unsere Gegnerschaft gegen die Absicht der allgemeinen Sozialisierung, weil diese unserer Ansicht nach zum Verderben des deutschen Volkes ausfallen müßte. Es ist in der letzten Zeit über die Sozialisierung mit allen Nebenfragen hier in der Kammer sehr viel gesprochen worden. Es sind eingehende Ausführungen gemacht worden, auch von meinen Fraktionskollegen, so daß ich mich ziemlich kurz fassen kann. Aber ich kann an den Fragen nicht ohne weiteres vorbeigehen, schon um (D) Mißverständnissen vorzubeugen.

Wir sind mit der Sozialisierung einverstanden, für die überwiegende Gründe des Gemeinwohls sprechen, sind aber gegen die Schaffung einer deutschen Gemeinwirtschaft schlechthin. Nun können Sie mir entgegenhalten: diesen Standpunkt zu betonen, haben Sie keine besondere Veranlassung. Auf diesen Standpunkt hat sich auch die Staatsregierung durch den Mund des Herrn Wirtschaftsministers in einer der letzten Sitzungen gestellt. Wir sind dadurch nicht beruhigt. „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ Nicht als ob ich die Herren beschuldigen wollte, daß sie ihre wahre Absicht zu verschleiern suchen, sondern weil wir oft Gelegenheit gehabt haben, zu beobachten, daß die eigentlichen Führenden hier in der Kammer und auch in der Regierung die Unabhängigen Sozialdemokraten sind, und weil diese Herren in der Sozialisierungsfrage viel weitergehen, als der gekennzeichnete Standpunkt der Regierung es besagt. Wir müssen das eine bedenken, daß den Herren der jetzigen Regierung und den Mehrheitssozialisten von ihren linksstehenden Freunden entgegengehalten werden kann, daß sie früher dieselben Ideen und dieselben Ziele als Heilmittel empfohlen haben. So sind wir durch die Regierungserklärung nicht beruhigt und sind